

Bielefelder Erklärung 2020

Die Gesellschaft während und nach Corona gestalten - Stimmen aus der Sozialen Arbeit

Die Corona-Pandemie hat innerhalb kürzester Zeit die gesellschaftliche Situation in vielen Ländern der Welt massiv verändert, so auch in der Bundesrepublik. Über längere Zeiträume hinweg bestimm(t)en Kontaktbeschränkungen schmerzlich spürbar den Alltag der Menschen. Auch der Zugang zu Betreuungs- und Bildungseinrichtungen sowie zu sozialen Diensten war erschwert bis unmöglich. Das konnte ad hoc kaum durch alternative, digital vermittelte Angebote kompensiert werden.

In der Zeit des Lockdown wurden weite Teile nicht nur des wirtschaftlichen, sondern auch des sozialen, kulturellen und politischen Lebens der Gesellschaft lahm gelegt; dabei zeigten sich die Unterschiede zwischen (relativ) abgesicherten und privilegierten Bürger*innen und Personengruppen, die aufgrund verschiedener Faktoren Benachteiligungen erfahren, in großer Schärfe.

Im Zuge der staatlichen Regulierungen wurden bestimmte Berufsgruppen und Tätigkeitsbereiche (wie Gesundheitswesen und Polizei) als „systemrelevant“ ausgewiesen. In diesem Zusammenhang stellte sich, z.B. im Hinblick auf Home Schooling und Kinderbetreuung, von Anfang an die Frage, ob der Sorge- und Familienarbeit - und der Daseinsvorsorge insgesamt - eine ebenso hohe Priorität zuerkannt wird wie der Aufrechterhaltung des bestehenden Wirtschaftssystems.

Für die Soziale Arbeit ist dies hoch brisant: Wird sie in ihrer ‚Systemrelevanz‘ wahrgenommen und anerkannt, und wie definiert sie selbst in den aktuellen Krisenzeiten ihren Auftrag? Im Hinblick auf ihre Adressat*innen muss sie sich zudem fragen, ob diese ihre Rechtsansprüche auf Hilfe und Unterstützung unter den aktuellen Bedingungen tatsächlich einlösen können.

Die Diskussion um die mittel- und längerfristigen Folgen der Corona-Krise steht noch am Anfang. Was die sich abzeichnenden Entwicklungen für die Lebenssituation weniger privilegierter Menschen und die besonderen Herausforderungen einer Lebensbewältigung unter erschwerten Bedingungen bedeuten, wird zunehmend erkennbar. Neben der sorgfältigen Analyse der jüngsten Entwicklungen und der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation bedarf es einer (erneuten) Aufgabenbestimmung für die Soziale Arbeit – nicht nur im Hinblick auf die Bewältigung der aktuellen Situation, sondern auch im Hinblick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse der Zukunft.

Angesichts der Corona-Pandemie wird deutlich:

- Die umfangreiche Privatisierung und jahrelange Ökonomisierung öffentlicher Infrastruktur hat gravierende gesellschaftliche Folgen. Das zeigt sich nicht nur im Gesundheitswesen. Die sich verstärkende soziale Ungleichheit in Bezug auf Teilhabe, finanzielle Ressourcen, Selbstermächtigung & ein ‚gutes Leben‘ werden in der Perspektive Sozialer Arbeit bereits seit langem kritisch thematisiert.
- Es ist wesentlich auch die Care-Arbeit, die unser gesellschaftliches System ermöglicht und erhält. Diese muss aber gesellschaftlich sichtbar sein und anerkannt werden; eine umfangreiche Rückverlagerung der Verantwortung dafür ins ‚Private‘ und ‚Familiale‘ steht dem entgegen. Sie birgt nicht zuletzt die Gefahr, dass überkommene Muster von Arbeitsteilung entlang der Differenzlinie ‚Geschlecht‘ wieder greifen.
- Die für einen gelingenden Alltag notwendigen Voraussetzungen, Ressourcen und Angebote sind nicht einfach ‚verfügbar‘.
- Demokratische Beteiligung ist im Krisenmanagement weitgehend außer Kraft gesetzt.
- Persönliche Wahl- und Konsumfreiheit bricht sich an der Frage der Verantwortung für das Gemeinwohl sowie für die zukünftigen Generationen.

Im Kontext Sozialer Arbeit wird deutlich:

- Im Zuge von Kontaktbeschränkungen droht auch eine Beschränkung sozialarbeiterischer Leistungen. Dies betrifft nicht nur die ambulanten und beratenden Dienste, sondern auch die Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe.
- Dem haben Kolleg*innen in vielen Einrichtungen an vielen Orten kreative neue Praktiken entgegengesetzt, um so ihrem professionellen Auftrag weiterhin nachzukommen und vor allem auch ihrer berufsethischen Selbstverpflichtung gerecht zu werden.
- Dass dies nicht überall möglich war, verweist zum einen auf strukturelle Hindernisse, zum anderen auf mangelnde personelle und sachliche Ressourcen. Es verweist aber auch auf Probleme in den Strukturen und Feldern selbst: Wo die Angst vor Fehlern und eigenständigem Handeln und Entscheiden vorherrscht, entstehen keine kreativen Lösungen.
- Nicht nur für die Adressat*innen, sondern auch für die Akteur*innen Sozialer Arbeit trifft zu, dass strukturelle Rahmenbedingungen und Voraussetzungen sowie die konkret verfügbaren Ressourcen eine wesentliche Rolle spielen, wenn es um die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen geht.

Soziale Arbeit war in der ‚Corona-Situation‘ von Anfang an als Krisenhelferin und -bewältigerin gefordert – und dann teilweise auch überfordert, da die Fachkräfte sich auf mehreren Ebenen zugleich mit der Pandemie auseinandersetzen mussten: im Hinblick auf die eigene Lebenssituation, die Lebenssituationen der Adressat*innen und das (nicht mehr) Funktionieren der Infrastruktur und Arbeitsabläufe der sozialen Dienste und Einrichtungen.

Eine Profession, die mit Menschen arbeitet, kommt in Schwierigkeiten, wenn der Kontakt zu diesen Menschen unterbunden wird. So steht vielerorts die Frage im Raum, ob Dienste, die nicht erbracht werden können, bezahlt werden (müssen).

Auch wenn inzwischen sehr klar ist, dass physische Distanz nicht Kontakt-Abbruch bedeutet, so müssen alternative Arbeitsweisen dennoch erst entwickelt und auch etabliert werden. Dafür braucht es Zeit und personelle Ressourcen, und eine auch längerfristige Arbeitsperspektive. Dies gilt ebenso für den erhöhten Einsatz digital vermittelter Kommunikation – auch dieser geschieht nicht einfach so, sondern braucht Wissen, Erfahrung, und eine gute technische Infrastruktur.

Es gilt nun die Erfahrungen der letzten Monate sorgfältig auszuwerten, sie auch (selbst)kritisch zu reflektieren, und daraus, auch vorsorglich, Perspektiven für die kommende Zeit zu entwickeln.

In der ‚Corona-Situation‘ hat sich auch etwas sehr Hoffnungsvolles gezeigt: Dass aus konkreten ‚Nachbarschaften‘ heraus spontane Akte der Solidarität entstehen können. So wurden z.B. lokal – zumindest vorübergehend – Lösungen für akute Probleme gefunden, und auch kreative Umgangsweisen mit den längerfristigen Herausforderungen entwickelt.

Die Komplexität unserer Lebensverhältnisse mit ihren vielfältigen Abhängigkeiten lässt sich sicherlich nicht auf dieser Ebene allein ‚beantworten‘. Wenn aber politische Instanzen, Institutionen und professionelle Akteur*innen mit den zivilgesellschaftlichen Initiativen kooperieren, so können daraus tragfähige Strategien und Praktiken entstehen.

Die Krise, die von der Corona-Pandemie ausgelöst worden ist, hat das Krisenhafte in den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen überdeutlich gemacht.

Als Fachkräfte der Sozialen Arbeit und als Staatsbürger*innen setzen wir uns dafür ein

- dass daraus eine gesamtgesellschaftliche Lernerfahrung werden kann,
- dass gesellschaftliches Zusammenleben, Konsum u.v.m. von da aus anders gedacht werden kann,
- dass Krisenstabs-Entscheidungen am Gedanken der sozialen Gerechtigkeit ausgerichtet sind,
- dass Entscheidungen zugunsten des Infektionsschutzes Entscheidungen zugunsten der Menschenrechte und der Menschenwürde nicht verdrängen,
- dass das Denken in dieser Situation von den marginalisierten Gesellschaftsmitgliedern ausgeht, und nicht von den Privilegierten.
- dass Adressat*innen Sozialer Arbeit sowie die ihnen beistehenden Fachkräfte aktiv am Krisenmanagement und in allen anderen sie betreffenden Belangen zu beteiligen sind

In diesem Sinne ist ‚Ansteckung‘ erwünscht!

Wir wollen uns von Engagement und Zivilcourage, von Solidarität und Gemeinsinn ‚anstecken‘ lassen, und auch andere damit ‚anstecken‘! Wir wollen uns ‚anstecken‘ lassen von Hoffnung, von einer klaren und entschiedenen Verantwortungsübernahme für die Zukunft! Mit dem zündenden Funken der Erkenntnis, dass bisherige ‚Normalitäten‘ nicht unbedingt gut waren, wagen wir den Aufbruch in neue ‚Normalitäten‘.

Als Fachkräfte in der Sozialen Arbeit wollen wir uns zudem vom professionellen Mut ‚anstecken‘ lassen und auch andere damit ‚anstecken‘, die Situation aktiv zu gestalten, auch mit ungewöhnlichen (bzw. mit noch ungewohnten) Mitteln. Wir wollen uns ‚anstecken‘ lassen von der Selbstverpflichtung, an Fragen der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität weiterzuarbeiten, und diese im gesellschaftlichen Gedächtnis fest zu verankern. Von sozialer Vorstellungskraft, die das gelebte Leben auch in seiner Eigensinnigkeit und Kreativität wahrnimmt, und gerade daraus neue Möglichkeiten entwickelt.

Jahrestagung der Gilde Soziale Arbeit e.V., im Juni 2020

Anmerkung: Unter sehr ungewohnten Umständen veranstaltete die Gilde Soziale Arbeit über Pfingsten ihre 80. Jahrestagung im Haus Neuland bei Bielefeld. Ursprünglich sollte im Rahmen dieser Tagung das Thema „Soziale Arbeit und Macht“ verhandelt werden. Doch angesichts der gesellschaftlichen Verwerfungen unter dem Vorzeichen der ‚Corona-Situation‘ wurde überdeutlich, dass die damit verbundenen Entwicklungen und Herausforderungen – auch für die Soziale Arbeit – einer zeitnahen kritischen Diskussion und Reflexion bedürfen. Die Gilde Soziale Arbeit wollte dafür einen Rahmen bieten. Die Erkenntnisse aus dem intensiven Austausch- und Reflexionsprozess der Jahrestagung der Gilde Soziale Arbeit über Pfingsten 2020 bilden die Grundlage für diese „Bielefelder Erklärung“.